

Es informiert Sie	Astrid Ißleib
Telefon	+49 202 563 6046
Fax	
E-Mail	astrid.issleib@stadt.wuppertal.de
Datum	08.05.23

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen (SI/0677/23) am 27.04.2023

Anwesend sind:

von der SPD

Herr Yannik Düringer, Frau Susanne Giskes, Herr Arif Izgi, Herr Servet Köksal, Herr Klaus Jürgen Reese, Herr Sedat Ugurman,

von der CDU

Frau Barbara Becker, Herr Patric Mertins, Herr Holger Reich, Herr Michael Schulte, Herr Rainer Spiecker, Herr Christian Wirtz,

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Axel Frevert, Herr Guido Mengelberg, Herr Rainer Widmann,

von der FDP

Herr Christoph Schirmer, Herr Alexander Schmidt,

von DIE LINKE

Herr Bernhard Sander,

von den Lokalpatrioten

Herr Martin Meyer,

von den Freien Wählern

Herr Heribert Stenzel,

als sachkundiger Einwohner

Herr Alexander Rocho,

Beirat der Menschen mit Behinderung

Herr Jörg Schulte,

von der Verwaltung

Herr Rüdiger Bleck, Herr Jochen Braun, Herr Michael Gehrke, Frau Martina Langer, Herr Arno Minas, Herr Marc Walter,

Schriftführer / in:

Astrid Ißleib

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Anfragen

2 Anträge

2.1 Prüfauftrag Zukünftige öffentliche Nutzung der Zoo-Säle Vorlage: VO/0005/23

TOP 2.1 ist gleichgelagert mit den TOP 2.2 und 2.3. Alle drei werden gemeinsam beraten.

Herr Jörg Schulte vom Beirat der Menschen mit Behinderung verweist darauf, dass ein Ausbau der Zoosäle barrierefrei erfolgen soll und bietet ausdrücklich die Einbeziehung des Beirates in etwaige weitere Planungen an.

Herr Stv. Widmann teilt mit, dass seine Fraktion das Gebäude nicht verkaufen wollen würde und bittet um die Möglichkeit zur Besichtigung der Immobilie, um einen Eindruck über deren derzeitigen Zustand zu gewinnen.

Herr Stv. Reese verweist darauf, dass der gemeinsame Antrag von SPD, CDU und FDP eine ergebnisoffene Prüfung der Nutzungsmöglichkeiten auch mit Blick auf die BUGA durch die Verwaltung, gemeinsam mit dem GMW, beinhaltet.

Herr Stv. Meyer regt externen Sachverstand an.

Für die Wuppertaler Architektenschaft plädiert Herr Rocho für eine ergebnisoffene Prüfung, aber auch die Chancen im Zusammenhang mit der BUGA zu nutzen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei 4 Ja- und 16 Neinstimmen abgelehnt.

2.2 Prüfung des Verkaufs der ehemaligen Zoofestsäle Vorlage: VO/0015/23-Neuf.

Herr Stv. Stenzel wünscht, dass der von den Freien Wählern eingebrachte Antrag ebenfalls wie die beiden anderen Anträge auch im Rat diskutiert wird.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Zwei Ja- und 18 Nein-Stimmen

-
- 2.3 Antrag zur Tagesordnung der Fraktionen von SPD, CDU und FDP vom 18.04.2023 zu den Anträgen VO/0015/23 „Prüfung des Verkaufs der ehemaligen Zoofestsäle“ (Freie Wähler/WfW) und VO/0005/23 „Prüfauftrag Zukünftige öffentliche Nutzung“ (DIE LINKE)
Vorlage: VO/0285/23**

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Ausschuss empfiehlt, den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und FDP ungeändert zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrstimmig beschlossen bei 2 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen

-
- 2.4 Sachstand: Bebauungsplan 1252 - Hatzfelder Str. / Carnaper Str. / Schützenstr.
Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2023
Vorlage: VO/0292/23**

Herr Beig. Minas erläutert den Sachstand.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Die Verwaltung legt zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen einen schriftlichen Bericht zum Sachstand des o. g. Bebauungsplanverfahrens vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 3 Sachstandsbericht Döppersberg
Vorlage: VO/0291/23**

Frau Langer berichtet, dass das Planungsbüro scape in der Kategorie „Lebenswerter Freiraum“ beim Police Award einen zweiten Platz für den Wupperpark erringen konnte. Weiter informiert sie darüber, dass in der Mall innerhalb des Bahnhofs die Glasschiebetür zur freien Toilettenanlage durch die Bahn AG gegen ein Rolltor ausgetauscht werden musste. Der Zugang zur Behindertentoilette bleibe gewährleistet.

Weitere Fragen beantwortet Herr Beig. Minas.

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

**4 Umgestaltung Außengelände der Station Natur und Umwelt,
Mehrkosten/Bauzeitenverlängerung
Vorlage: VO/0184/23**

Herr Gehrke informiert über das Projekt und die Planungen und stellt die besondere Bedeutung der Station Natur und Umwelt als größte natur- und umweltpädagogische Einrichtung in NRW heraus. Er beantwortet Nachfragen und sagt zu, die tabellarische Kostenaufstellung nachzuführen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt dem Rat, die Vorlage der Verwaltung ungeändert zu beschließen:

1. Die Gesamtkosten für die Umgestaltung des Außengeländes der Station Natur und Umwelt werden von 2.500.000 € auf rund 3.500.000 € neu festgesetzt.
2. Die Förderung des Mehrbedarfs wird beim Fördermittelgeber beantragt. Die Finanzierung des zusätzlichen Eigenanteils in Höhe von rd. 100.000 € wird über die Mittel aus der Grünflächenpauschale sichergestellt. Sofern der Fördermittelgeber die Förderung des Mehrbedarfes ablehnt, muss über die Finanzierung neu entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**5 AngstFreiRäume in Wuppertal
Vorlage: VO/1674/23**

Der Bericht der Verwaltung wird fraktionsübergreifend hinsichtlich seiner Qualität, hier insbesondere auch der Art der Fragestellungen, die die Grundlage für den Bericht liefern, stark kritisiert.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Bericht der Verwaltung wird in dieser Sitzung NICHT entgegengenommen, sondern auf die nächste Sitzung vertagt.

Einstimmig (Enthaltung der Fraktion DIE LINKE) entschieden, die Berichtsvorlage auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**5.1 Bürgerbeteiligung bei der zukünftigen Fortschreibung des
AngstFreiRaumKonzepts
Gemeinsamer Antrag von 25 Ratsfrauen der Stadt Wuppertal vom 13.04.
2023
Vorlage: VO/0305/23**

Da die Berichtsvorlage zum AngstFreiRaum auf die nächste Sitzung vertagt werden soll, wird dieser Antrag nicht behandelt.

6 Sportentwicklungsplanung für die Stadt Wuppertal
Vorlage: VO/0021/23

Der Sportentwicklungsplanung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

7 Sachstand ISEK Elberfeld und Baustellenmanagement - 1. Bericht der Verwaltung
Vorlage: VO/0286/23

Herr Stv. Schulte stellt Fragen zu den Verantwortungsbereichen Stadt / WSW, zum Ansprechpartner für die Anwohner und den Handel sowie zum Weihnachtsmarkt, die Herr Beig. Minas beantwortet:

Für die Weihnachtsmärkte sieht Herr Beig. Minas keine Zuständigkeit im GB3, berichtet darüber, dass Gespräche stattfänden, aber noch keine Lösungen kommunizierbar seien. Er nimmt diese Frage mit.

Hinsichtlich der Baustellenkoordination führt er aus, dass die Umsetzung des ISEK Elberfeld mit der Fernwärmestrategie der WSW überein gebracht werden müssten. Zunächst sei die Stadt aktiv, dann die WSW und dann wieder die Stadt. Beide Seiten hätten einen Bauleiter. Aufgrund der aktuellen Situation hätten die WSW zunächst kalkulieren müssen, ob ihrerseits das Projekt überhaupt fortgeführt werden kann. Da dies nun positiv entschieden sei, soll eine Projektsteuerung eingesetzt werden, die neben der klassischen Bauzeiten-Projektsteuerung auch die Kommunikations-Projektsteuerung vor Ort einschließlich Baustellenmanagement übernehmen soll. Bis die Projektsteuerung, für die eine europaweite Ausschreibung notwendig ist, gefunden sei, solle eine Interimslösung für einen Koordinator als Ansprechpartner für die Anwohner und den Einzelhandel eingesetzt werden, der auch vor Ort Präsenz zeige.

Herr StV. A. Schmidt kritisiert den derzeitigen Zustand der Poststraße und bittet um Informationen zu dessen Zustandekommen. Herr Beig. Minas erklärt dazu, dass die Stadt die Straße aufgenommen habe, in die flächendeckend große Betonelemente zur Abdeckung des Kriegsschuttes eingebracht waren. Dann erfolgte die Übergabe an die WSW. Beide Projektpartner sahen und sehen sich hierbei mit den durch die Änderung des Denkmalschutzgesetzes erhöhten Schutzanforderungen an den Bodendenkmalschutz konfrontiert. Seit der Gesetzesänderung zum 01.06.2022 würden nicht nur die Fundstücke der alten Elberfelder Burg – die in allen Planungen schon berücksichtigt gewesen seien – sondern auch gründerzeitliche Bauten eine archäologische Begutachtung erfordern. Das habe zu erheblichen Verzögerungen im Bauzeitenplan geführt. Jahreszeitbedingt und wegen der Adventszeit seien die Öffnungen in der Straße dann provisorisch geschlossen worden. Der große Höhenversatz sei durch die Herausnahme der Betonplatten entstanden. Die Arbeiten der WSW würden jetzt wieder hochfahren und nach deren Abschluss die Baustelle wieder an die Stadt übergeben. Die im ISEK beschlossenen Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt kommen erst danach in die Umsetzung. Er betont, dass die Qualitätsoffensive nicht beendet sei, sondern sich jetzt bis in den Maßnahmenbereich fortsetze. Für eine bessere „Baustellenkommunikation“ soll gesorgt werden.

Herr Bleck ergänzt, dass die Workshops dazu dienten, die Baumaßnahmen der WSW mit denen der Stadt zu synchronisieren, paralleles Ausweichen zu planen, um das Bauen zu beschleunigen und den Umfang von Ausschreibungspaketen zu definieren. Unter den Aufwertungsmaßnahmen sei die Neugestaltungen der Plätze und Oberflächen zu verstehen.

Insgesamt ist Konsens darüber erkennbar, dass die aktuell problematische Situation durch die Gesetzesänderung in der Bodendenkmalpflege begründet liegt und die Projektsteuerung dringend erforderlich ist. Zudem müsse ein sicheres Fortbewegen für alle Bevölkerungsgruppen ermöglicht werden, insbesondere in den Wintermonaten.

Die Anregung von Herrn Frevert, die jetzt für die Verzögerung ursächlichen Bodendenkmalfunde im Stadtbild sichtbar zu machen, wird von der Verwaltung aufgenommen, die ihrerseits auch bereits mit dem Gedanken befasst ist.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Köksal fasst zusammen, dass alle den Denkmalschutz ernst nähmen, sich aber wünschten, dass er nicht zur Gefahr für die Innenstadt wird. Zudem bittet er die Verwaltung, die Auswirkungen auch gegenüber dem Gesetzgeber zu spiegeln.

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

**8 Bericht zum Maßnahmenkatalog „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ (Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2023)
Vorlage: VO/0197/23**

Nachfragen werden von Herrn Bleck beantwortet.
Wohnungsbau im Innenbereich soll vorrangig ermöglicht werden, ebenso verstärkt der Bau barrierefreier Wohnungen.

Herr Stv. Köksal bittet um einen Zwischenstandsbericht der Verwaltung zur Ausdehnung des in Ronsdorf erfolgreich gestarteten und auf weitere Stadtgebiete ausgedehnten Baulückenprogramms, das auf Wunsch von Herrn Stv. Reese um Umsetzungsergebnisse ergänzt werden soll.

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

**9 Solaranlagen entlang der Autobahnen (A 1, A 46, A 535) und an der L 418, insbesondere an Anschlussstellen
Vorlage: VO/1488/22/2-A**

Herr Stv. Widmann bittet darum, dass das Mögliche unter ökologischen Gesichtspunkten und behutsam unternommen wird.
Weitere Fragen beantwortet Herr Beig. Minas und erläutert die Privilegierung und die rechtlichen Rahmenbedingungen, die den wirklich nutzbaren Streifen auf 100m eingrenzen.
Herr Stv. Reese weist darauf hin, dass innerhalb der privilegierten Fläche wenig gesteuert werden könne.

Ergänzung zum Protokoll:

Die beiden in der Drucksache angesprochenen FFSA-Potenzialflächen, die als privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB eingestuft und derzeit auf ihre Machbarkeit hin geprüft werden, liegen innerhalb des Stadtbezirkes Langerfeld-Beyenburg im Bereich Jesinghausen (kommunale Fläche) und innerhalb des Stadtbezirkes Ronsdorf im Bereich Linde (private Fläche).

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

**10 Städtebauliche Verkehrsuntersuchung Heckinghausen
Vorlage: VO/0220/23**

Herr Stv. Reese kritisiert, dass über den Ursprungsauftrag des Rates hinaus - die Heckinghauser Straße dahingehend zu betrachten, ob sie auf eine zweispurige Verkehrsführung zurückgeführt werden kann-, weitere Straßenzüge in die Untersuchung einbezogen worden seien und darüber hinaus jetzt weitere Szenarien bis hin zu einem Einbahnstraßenring vorgelegt würden. Die Ringvariante, die zur Kreuzungsqualität „F“ führen würde, würde bei seiner Fraktion keine Zustimmung finden.

Herr Beig. Minas betont, dass die Drucksache als Einbringung zu verstehen ist und das weitere Procedere dargestellt ist. Es soll Workshops geben, darunter auch einen mit den Gewerbetreibenden.

Herr Stv. Mengelberg weist darauf hin, dass sich die BV Heckinghausen mit der Angelegenheit beschäftigt und ausdrücklich um die Bürgerbeteiligung gebeten habe. Er bittet darum, das Votum der BV zu respektieren und die Bürgerbeteiligung abzuwarten.

Herr Stv. Schirmer verweist auf die überbezirkliche Bedeutung der Heckinghauser Straße und stellt die Verbindung zur Brücke an der Raentaler Bergstraße her, die ebenso wie die Brücken am Fischertal und am Clef einer Sanierung bedarf. Daraus ergebe sich die Frage, ob beim Verkehrsgutachten die entsprechenden Prämissen abgeleitet wurden. Auch die Achsen für BUGA+ sollen mitgedacht werden. Herr Beig. Minas stimmt zu, dass die Situation ganzheitlich betrachtet und sehr gut koordiniert werden müsse. Herr Schirmer regt weiter an, dass die Verwaltung zu einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses einen Zustands- und Sanierungsbericht über die Brücken im Wuppertaler Stadtgebiet vorlegt.

Auf Nachfragen betont Herr Beig. Minas die überbezirkliche Bedeutung der Heckinghauser Straße und dass nach allen Werkstattformaten die Entscheidungsbefugnis bei Verkehrsausschuss und Rat liegen werden. Hinsichtlich der konkreten Einbindung der Politik in den voraussichtlich sehr langwierigen Prozess sei die Verwaltung für Wünsche offen. Er würde sich zumindest die Möglichkeit der weiteren Diskussion über die Ringvariante wünschen, gerne auch unter der offen kommunizierten Einschränkung, dass die Ringvariante derzeit nicht mehrheitsfähig ist.

Herr Stv. Düringer hält die Ringlösung für ein Extrem, das die Heckinghauser Bevölkerung verunsichere und die öffentliche Diskussion vergiften könne und hält es für sinnvoll, diese Variante aus einer möglichen Bürgerbeteiligung zu entfernen. Im weiteren Verfahren wünscht er sich mehr Transparenz.

Herr Stv. Ugurman kritisiert das von der Verwaltung gewählte Verfahren außerhalb der in der Hauptsatzung festgelegten Abläufe. Bei frühzeitiger Einbeziehung der Fachausschüsse wäre es gar nicht erst zu einer Ringvariante gekommen, wodurch Ressourcen hätten geschont werden können.

Auf Antrag von Herrn Stv. Reese wird über folgenden Antrag abgestimmt:

Im weiteren Verfahren sollen die Varianten der Ringlösung nicht mehr berücksichtigt werden.

Mehrheitlich beschlossen mit 5 Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/GRÜNE, DIE LINKE und der Lokalpatrioten

Der Bericht der Verwaltung wird darüber hinaus ohne Beschluss entgegengenommen.

**11 Satzungsbeschluss 1. Änderung der „Vorkaufssatzung BUGA“
Vorlage: VO/1666/23**

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt dem Rat, die Vorlage der Verwaltung ungeändert zu beschließen:

1. Die 1. Änderung der Satzung der Stadt Wuppertal über die förmliche Festlegung des besonderen Vorkaufsrechts für die Bundesgartenschau (Vorkaufssatzung BUGA) wird beschlossen.
2. Der Rat der Stadt Wuppertal beauftragt die Verwaltung, das Vorkaufsrecht für die Durchführung der BUGA auszuüben, sobald eines der in der Satzung abschließend aufgezählten Flurstücke oder Teile davon zum Verkauf stehen.

Abstimmungsergebnis:

Ungeändert beschlossen bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der Freien Wähler und der Lokalpatrioten

**12 Denkmalbereichssatzung für den historischen Ortskern von Wuppertal-Cronenberg
- erneuter Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss -**

**Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Wuppertal-Cronenberg
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0065/23**

Nachfragen von Herrn Stv. A. Schmidt werden von Herrn Braun beantwortet.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt dem Rat, die Vorlage der Verwaltung ungeändert zu beschließen:

1. Die erneute Aufstellung der Denkmalbereichssatzung für den historischen Ortskern Cronenberg mit dem in der Anlage 1 parzellenscharf dargestellten räumlichen Geltungsbereiches wird gemäß § 10 Abs. 3 des Nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes (Denkmalschutzgesetz – DSchG NRW) in der zurzeit gültigen Fassung beschlossen.
2. Die erneute öffentliche Auslegung des Entwurfes der Denkmalbereichssatzung (Anlage 1 und 9), der Begründung (Anlage 4) sowie die dieser zugrundeliegenden entscheidungserheblichen Gutachten (Anlage 2 und 3) wird gemäß § 10 Abs. 4 DSchG NRW beschlossen.
3. Die im Rahmen der ersten Offenlage gemäß § 10 Abs. 4 DSchG NRW eingegangenen Stellungnahmen fließen gemäß den Vorschlägen der

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 15** **Bebauungsplan 1251 - Karl-Bamler-Straße / Clausewitzstraße -
- Satzungsbeschluss -
Bebauungsplanes 776/2 - Clausewitzstraße / In der Fleute -
- Satzungsbeschluss zur Teilaufhebung –
Vorlage: VO/0016/23**

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung bauen empfiehlt dem Rat, die Vorlage der Verwaltung ungeändert zu beschließen:

1. Die insgesamt zu dem Bebauungsplan 1251 – Karl-Bamler-Straße / Clausewitzstraße – eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung abgewogen und beschlossen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes 1251 – Karl-Bamler-Straße / Clausewitzstraße – wird einschließlich der Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 776/2– Clausewitzstraße / In der Fleute – wird einschließlich der Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

-
- 16** **Bebauungsplan 809 - Friedensstraße -
1. Änderung des Bebauungsplanes
(mit Flächennutzungsplanberichtigung 147B)
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0109/23/1-Neuf.**

Auf Bitten des Vorsitzenden Herrn Stv. Köksal wurde die Vorberatung in der BV Cronenberg noch einmal eruiert und im Protokoll ergänzt:

Aufgrund eines redaktionellen Fehlers in der ursprünglichen Beschlussvorlage war eine Neufassung erstellt worden, jedoch erst nachdem die BV Cronenberg ihre Beschlussempfehlung abgegeben hatte. Abgesehen von diesem Fehler hat der BV zur Sitzung eine inhaltlich identische Drucksache vorgelegen, die mit 7 Ja- und 5 Gegenstimmen ungeändert zum Beschluss empfohlen wurde.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.04.2023:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt dem Rat, die Vorlage der Verwaltung ungeändert zu beschließen:

1. Die insgesamt zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 809 – Friedensstraße – eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung (s. Anlage 5) abgewogen und beschlossen.
2. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes 809 – Friedensstraße – wird einschließlich der Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Servet Köksal
Vorsitzender

Astrid Ißleib
Schriftführerin